

Martsch, Siegfried
Wingerter, Sigrid

Fraktionsloses Mitglied:

Nitsche, Bastian
Westermann, Hartwig

Gäste:

Ahn	zu TOP 6
Freese, Andreas, Dipl.-Ing.	zu TOP 14
Knauf	zu TOP 3
Sennekamp	zu TOP 3

Ortsvorsteher/in:

Finke, Alfons
Schwane, Walter
Wendholt, Irmgard

Verwaltungsmitarbeiter/in:

Busch, Karl-Heinz, Fachabteilungsleiter
Gottlob, Ralf, Fachbereichsleiter
Hilvert, Markus
Kuhlmann, Jürgen, Techn. Beigeordneter
Lüdiger, Alexandra
Nießing, Norbert, 1. Beigeordneter der Stadt Borken
Schnelting, Alfons, Fachbereichsleiter
Schulze Hessing, Mechtild, Bürgermeisterin
Schulze-Dinkelborg, Rolf, Fachbereichsleiter
Terwolbeck, Rene, Fachbereichsleiter
Uebbing, Hermann-Josef
Zayko, Katja

Schriftführer/in:

Kaß, Matthias

-

Es fehlen entschuldigt:

CDU:

Flasche, Bernd
Richter, Frank

SPD:

Kaiser, Michael
Kindermann, Kurt stv. Ausschussvorsitzender

UWG:

Bleker, Werner sachk. Bürger/in

-

Abgewickelte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 3 Amprion - A Nord - mdl. Vortrag
- 4 Pflege- und Wohneinrichtung für ältere Menschen in Weseke - mdl. Vortrag durch KKRC Projektentwicklung und dem Fachplanungsbüro Pflege
- 5 Entwicklung des Schmeing-Geländes, Anpassung der Vorzugsvariante und weiteres Vorgehen
Vorlage: V 2018/075
- 6 Vorläufige Ergebnisse der gesamtstädtischen Untersuchung zu Wohn- und Gewerbe-Potenzialen in Borken
Vorlage: V 2018/055
- 7 Erstellung eines Baulückenkatasters
Vorlage: V 2018/056
- 8 Weiteres Vorgehen zum Parkleitsystem - Vorlage wird nachgereicht
Vorlage: V 2018/078
- 9 Zusätzliche Parkmöglichkeiten Marktplatz
Vorlage: V 2018/072
- 10 Betreuungssituation 2017/18 und Investitionsvorhaben zum Ausbau des Betreuungsangebotes in Kindertageseinrichtungen
Vorlage: V 2018/052
- 11 Widmung der Straßen "An der Seilerei", "Propst-Pricking-Straße" sowie "Mühlenweg" in 46325 Borken
Vorlage: V 2018/067
- 12 Deponie Borken-Hoxfeld, Änderung der Plangenehmigung für eine Photovoltaikanlage mit Anpassung der Deponiegeometrie
Vorlage: V 2018/069
- 13 Ausstattung des öffentlichen WC am De-Wynen-Platz
Vorlage: V 2018/070
- 14 Umgestalten und Erweitern des Spielplatzes am Pröbstingsee
Vorlage: V 2018/061
- 15 Antrag der SPD-Fraktion vom 03.07.2017: Einrichtung einer Ablagestelle für Grabschmuck
Vorlage: V 2018/064
- 16 Weiterentwicklung des Friedhofswesens
Vorlage: V 2018/071

- 17 SPD-Antrag Friedhofseingang Windthorststraße
Vorlage: V 2018/065
- 18 CDU-Antrag Entschärfung Kreisverkehr Butenwall/Brinkstraße
Vorlage: V 2018/066
- 19 Antrag der SPD-Fraktion vom 05.03.2018: Die Gelben Müllsäcke sollen durch Gelbe Tonnen ersetzt werden
Vorlage: V 2018/076
- 20 Antrag der SPD Fraktion vom 09.02.2018: Absicherung der Querung der Bahnhofstraße für Fußgänger
- 21 Mitteilungen der Verwaltung
- 21.1 Genehmigung der 33. Änderung des Flächennutzungsplanes
- 21.2 Sachstand Tempo 30 vor Schulen und Kitas
- 21.3 Baugenehmigung, Neubau eines Wertstoffhofes an der Einsteinstraße
- 21.4 Baustelle Weseler Landstraße / Windhorststraße
- 21.5 Baustelle Neue Kirchstraße
- 21.6 Entwicklung "Nationale Naturebefläche Lünsberg die Berge", öffentliche Veranstaltung 09.04.18
- 21.7 DIEK Marbeck
- 21.8 Regionalratssitzung Zweckverband
- 22 Anfragen an die Verwaltung

-

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Rottbeck begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist und das Gremium beschlussfähig ist. Die Tagesordnung werde um einen Punkt, Fußgängerüberweg Bahnhofstr., erweitert und als neuer Tagesordnungspunkt 20 geführt.

Stv. Ebbing bittet darum, dass die zukünftigen Tagesordnungen nicht so voll sein sollen.

Vorsitzender Rottbeck lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	19 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Seitens der anwesenden Bürgerinnen und Bürger werden keine Fragen gestellt.

zu 3 Amprion - A Nord - mdl. Vortrag

Herr Knauf und **Herr Sennekamp (Amprion)** erläutern anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die Gleichstromverbindung A Nord.

Stv. Börger möchte wissen, ob sich die geplante Trasse an der Salztrasse gehalten habe und wie hoch die ökologische Ausgleichsfläche sein werde.

Herr Knauf gibt an, dass durch Bündelungsoptionen geschaut werde, was möglich sei. Wie genau der ökologische Ausgleich aussehen werde, könne aktuell nicht gesagt werden, aber es würden keine 400-600 ha sein.

Stv. Kranenburg wirft die Fragen auf, ob die bestehende Leitung in Borken Gleichstrom sei und warum die Trassen nicht enger zusammen gelegt werden.

Herr Sennekamp erklärt, dass die bestehende Leitung eine Wechselstromleitung sei.

Herr Knauf fügt hinzu, dass sich die Trassenabstände aus bautechnischen Kriterien ergebe. Durch den Abstand sei eine Netzsicherheit gegeben, falls eine Trasse ausfalle.

Stv. Niemeyer möchte wissen, warum nicht direkt eine Reserverleitung mit verlegt werde.

Herr Knauf erläutert, dass es ein rechtliches Problem sei, da eine Vorratsplanung verboten sei.

Stv. Martsch wirft die Fragen auf, welche Abstände zur vorhandenen Gasleitung eingehalten werden müssen und wie die Grundstückseigentümer für den abgängigen Boden entschädigt werden.

Herr Sennekamp erläutert, dass die Gasleitung einen Schutzstreifen habe. Wo dieser endet werde der Arbeitsstreifen der Stromleitung beginnen. Der Abstand sei etwa 10-15 Meter. Für die Dienstbarkeit im Grundbuch sei eine Entschädigung vorgesehen, welches eine gesetzlich vorgegebene Einmalentschädigung sei, welche etwa 20-30 Prozent des Verkehrswertes sei. Der Bewirtschafter erhalte eine Entschädigung während der Bauzeit. Sollte nach Fertigstellung wirtschaftliche Nachteile festgestellt worden seien, seien diese auch zu entschädigen.

Stv. Kohlruss möchte wissen, in welcher Art Baustraßen errichtet würden und wie nah ein Bewirtschafter nach Fertigstellung an die Trasse heran das Feld nutzen dürfe.

Herr Knauf erklärt, dass die Baustraßen nicht geteert seien. Im üblichen Fall seien Baggermatten zu nutzen. Müsse geteert oder geschottert werden, so werde dieses am Ende wieder entfernt. Eine Baustraße sei nichts dauerhaftes. Auf dem Schutzstreifen dürften keine Häuser oder Bäume errichtet werden. Eine Landwirtschaft sei komplett möglich, da die Leitung in einer Tiefe von etwa zwei Metern liege.

Bürgermeisterin Schulze Hessing stellt fest, dass die Stadt Borken nur sehr begrenzt einen Einfluss habe. Borken als ländlicher Bereich sei mehrfach betroffen. Die Bürgermeister des Kreises Borken haben zusammen mit dem Landrat eine Stellungnahme abgegeben. Die Flächen seien auch im ländlichen Raum sehr wertvoll. Der Leitungsbau dürfe nicht allein nur durch ländliche Kommunen laufen, da müsse ein angemessener Ausgleich erfolgen.

zu 4 **Pflege- und Wohneinrichtung für ältere Menschen in Weseke - mdl.** **Vortrag durch KKRC Projektentwicklung und dem Fachplanungsbüro Pflege**

Erster Beigeordneter Nießing erläutert die Pflegebedarfsplanung im Sozialraum Borken. Es bestehe ein Bedarf von 104 Plätzen, welche bis 2025 nicht gedeckt seien.

Bürgermeisterin Schulze Hessing gibt an, dass das Ziel eine Schaffung von bedarfsorientierten Betreuungs- und Pflegeangeboten sei. Ein Projekt mit 80 Plätzen sei für Weseker Bedarfe zu viel gewesen, daher sei eine kleinere Variante geplant.

Herr Kessel (KKRC Bau GmbH) erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die Pflege- und Wohneinrichtung für ältere Menschen in Weseke.

Stv. Börger möchte wissen, ob Personen, welche ins Pflegeheim müssten, auch dort untergebracht werden könnten und regt an, mit den lokalen Ärzten zu sprechen, wie das Verhältnis von Pflegeplätzen und normalen Wohnungen in der Anlage sein solle.

Herr Mört erklärt, dass ein Leben bis zum Lebensende in der Anlage möglich sei, mit jedem Pflegegrad. Zur Zeit gäbe es viele Pflegebedürftige, welche nicht in Weseke untergebracht werden könnten. Das Projekt sei eine vorsichtige Planung, welche nach und nach ausgebaut werden könne.

Bürgermeisterin Schulze Hessing fügt hinzu, dass in den Wohnungen im Obergeschoss auch Pflege stattfinden könne, somit auch für pflegebedürftige Menschen geeignet seien, welche weiterhin mit ihrem Partner zusammen wohnen und leben möchten. Zudem solle das Schmeing Gebäude auch weiterhin für die Öffentlichkeit zugänglich bleiben.

Stv. Ebbing wirft die Fragen auf, ob die angebotenen Plätze für alle finanzierbar seien, da die Renten ja nicht immer sehr hoch seien und ob berücksichtigt worden sei, dass die aktuelle alte Generation so lange wie möglich zu Hause bleiben wolle.

Herr Mört erläutert, dass unterschiedliche Mietspiegel vorhanden seien, welcher an die jeweilige Örtlichkeit angepasst werde. Die Kosten seien vergleichbar mit den Kosten für ein Altenheim oder stationären Einrichtungen.

Stv. Martsch möchte wissen, ob in Weseke ein ausreichendes Angebot von Pflegediensten vorhanden sei, welche die Betreuung übernehmen könnten und ob die Gemeinschaftsräume für die Tagespflege zur Verfügung stehen.

Herr Mört gibt an, dass die Räumlichkeiten zum betreuten Wohnen gehören. Es sei besser, mehrere kleine Pflegedienste zu haben, als einen großen Anbieter.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann stellt fest, dass es nicht einfach gewesen sei, eine Nutzung für das denkmalgeschützte Gebäude zu finden. Es sei ein planerisch gutes Konzept für das Gebäude entwickelt worden.

Bürgermeisterin Schulze Hessing sieht es als Votum des UPA, dass die Planungen weiter verfolgt werden können.

zu 5 Entwicklung des Schmeing-Geländes, Anpassung der Vorzugsvariante und weiteres Vorgehen Vorlage: V 2018/075

Fachabteilungsleiter Dahlhaus erläutert anhand der als Anlage beigefügten Pläne die Entwicklung des Schmeing-Geländes, Anpassung der Vorzugsvariante und weiteres Vorgehen.

Stv. Ebbing möchte wissen, wie die Parkplätze im südlichen Bereich angelegt werden sollen und ob die dort befindlichen vier Häuser nur einen Zugang haben.

Fachabteilungsleiter Dahlhaus erklärt die Erschließung mit Hilfe des gezeigten Planes. Der Zugang für die Häuser müsse noch im Detail geklärt werden.

Stv. Börger regt an, dass mehr Grünfläche wünschenswert sei.

Bürgermeisterin Schulze Hessing gibt an, dass der Wunsch nachvollziehbar sei aber im Gesamtkontext müsse der Flächenverbrauch berücksichtigt werden. Die Bebauung sei sehr komfortabel im Vergleich mit anderen Baugebieten.

Stv. Wingerter wirft die Frage auf, ob die Flächen gegenüber der Praxis städtische Flächen seien und merkt an, dass Teile der Klünstraße mehr begrünt werden könnten.

Stv. Börger gibt an, dass die Fläche privat sei und bebaut werde.

Stv. Niemeyer möchte wissen, wie groß die Baugrundstücke etwa seien.

Fachabteilungsleiter Dahlhaus erläutert, dass die Baugrundstücke für Einfamilienhäuser etwa 400-500 m² groß seien und die Grundstücke für Reihenhäuser etwa 300 m² groß seien.

Beschluss:

Die auf der Grundlage der vorgestellten Planungen für eine Pflege- und Wohneinrichtung für ältere Menschen in Weseke, der Stellungnahme des Initiativkreises Baugebiet Schmeing Borken-Weseke und der Anregungen von der Herren Dr. Michael Bathe und Hermann Langela geänderte Planungsvariante soll als Grundlage für die Aufstellung eines Bebauungsplanes dienen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	18 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	1 Enthaltungen

zu 6 Vorläufige Ergebnisse der gesamtstädtischen Untersuchung zu Wohn- und Gewerbe-Potenzialen in Borken
Vorlage: V 2018/055

Herr Ahn (Wolters Partner) erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation das vorläufige Ergebnis der gesamtstädtischen Untersuchung zu Wohn- und Gewerbe-Potenzialen in Borken.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann gibt an, dass die Stadt Borken bezüglich der vorausschauenden Planungen gelobt worden sei. Die Planungen liegen der Fa. Amprion vor, was eventuell Auswirkungen auf den Trassenverlauf haben könne.

Stv. Wingerter merkt an, dass der Beschlussvorschlag zu schnell gehe. In der Fraktion müsse vorher darüber gesprochen werden und stellt den Antrag, den zweiten Absatz des Beschlussvorschlages zu streichen.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass nichts manifestiert werde, sondern geschaut werde, was möglich sei. Die nächsten Schritte sollten gemacht werden, aktuell werde nichts festgelegt.

Stv. Stork möchte wissen, ob Erweiterungen von einzelnen vorhandenen Gewerbebetrieben in Marbeck möglich sei.

Herr Ahn erläutert, dass ganz grob nur neue Standorte betrachten worden seien.

Bürgermeisterin Schulze Hessing fügt hinzu, dass eine Gewerbeflächenentwicklung für Marbeck laut der Bezirksregierung nicht möglich sei. Bestehende Gewerbeunternehmen in Marbeck hätten aber trotzdem die Möglichkeit, sich weiter zu entwickeln.

Stv. Martsch stellt fest, dass keine Eile bestehe und die Vorlage unvollständig sei, da fraglich sei, welche weiteren erforderlichen Planungsschritte mit der Bezirksregierung zu besprechen seien.

Bürgermeisterin Schulze Hessing merkt an, dass es eine erste Potenzialanalyse sei, um zu schauen, wo was möglich sei. Auf dieser Basis müsse eine Weiterentwicklung erfolgen. Nach dem Ausstieg aus dem Gewerbepark A31 bestehe die Verpflichtung, andere Flächen zu finden.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann fügt hinzu, dass die Bezirksregierung die Planungen begrüßt und gelobt habe. Eine Rückabwicklung des Gewerbeparkes A31 sei in Gang gesetzt. Mit der Umsetzung könne die Stadt Borken dann über die 33 Hektar verfügen. Ein Planungsvorlauf sei notwendig.

Stv. Ebbing gibt an, dass der Ausschuss stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger aktiv sei, daher müsse großzügig über jeden Ortsteil nachgedacht werden, was entwickelt werden könne.

Stv. Niemeyer stellt fest, dass heute nichts abschließend beschlossen werde. Es werden noch viele Sitzungen über das Thema folgen und die Politik habe weiterhin die Kontrolle wie es weiter gehe. Einen Schaden habe die Stadt Borken nicht durch den Beschluss.

Stv. Kohruss fügt hinzu, dass man sich aktuell in der Planungsphase befinde. Es sei eine erste Untersuchung mit ersten Ergebnisse, worauf nun weitere Schritte folgen.

Stv. Wingerter gibt an, dass es der Fraktion eindeutig zu schnell gehe und möchte über die gewünschte Beschlussänderung abstimmen lassen.

Vorsitzender Rottbeck lässt über den Antrag zur Beschlussänderung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen
17 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschluss:

Die Ergebnisse der Potenzialstudie zur Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen werden zur Kenntnis genommen.

Zur Umsetzung der Ergebnisse der Potenzialstudie sollen die weiteren erforderlichen Planungsschritte und zuvor eine Abstimmung mit der Bezirksregierung durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit 17 Ja-Stimmen
 2 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

zu 7 Erstellung eines Baulückenkatasters

Vorlage: V 2018/056

Stv. Niemeyer gibt an, dass seine Fraktion die Variante 2 bevorzuge.

Fachbereichsleiter Schnelting gibt an, dass aktuell etwa 514 Baulücken vorhanden seien, welche sich überwiegend in Privateigentum befinden. §200 BauGB sei die Rechtsgrundlage, allerdings sei es äußerst schwierig, die Eigentümer zu motivieren, ihre Grundstücke zu veräußern.

Verwaltungsmitarbeiterin Zayko erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation das Baulückenkataster der Stadt Lünen.

Bürgermeisterin Schulze Hessing gibt an, wenn sich ein Interessent bei der Stadt Borken melden würde, werde es an den Eigentümer des Grundstückes weiter gegeben. Dieser könne dann selbst entscheiden, ob er sich bei dem Interessenten melde. Die Stadt Borken trete als Vermittler auf. Aus Datenschutzgründen werde kein Eigentümer genannt.

Fachbereichsleiter Schnelting fügt hinzu, dass sich noch mit dem Kreis Borken kurz geschlossen werden müsse, damit die entsprechenden Geodaten zur Verfügung stünden.

Stv. Kohlruss gibt an, dass seine Fraktion die Variante 1 bevorzuge, da diese am schnellsten zu einem Ergebnis führe.

Stv. Niemeyer merkt an, dass Variante 2 den Eigentümer mehr einbinde, aber auch mehr Aufwand für die Verwaltung bedeute.

Stv. Ebbing gibt an, dass ihre Fraktion die Variante 2 bevorzuge. Die Eigentümer seien vorher zu informieren. Einfach nur das Vorhaben zu veröffentlichen sei nicht gut, da gerade ältere Menschen dieses nicht mitbekommen und nicht richtig verstehen.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass es als Anstoß für die Eigentümer gesehen werde, damit diese darüber nachdenken. Variante 1 wäre für die Verwaltung die Einfachste.

Stv. Martsch gibt an, dass seine Fraktion die Variante 2 bevorzuge. Das Entscheidende sei, dass der Bürger im Mittelpunkt stehe und nicht die Verwaltung.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert, dass die Variante 1 die gesetzlich vorgegebene Regelung sei.

Stv. Nikolov fügt hinzu, dass keine sensiblen Infos vorhanden seien, welche weiter gegeben werden. Jeder könne selbst entscheiden, ob er weiter Kontakt aufbaue bzw. weiterhin von der Stadt Borken angeschrieben werden wolle.

Stv. Schulze Mengerling merkt an, dass Variante 2 die Beste sei. Sollte Variante 2 nicht zum Ziel führen, könne Variante 1 hinterher geschoben werden.

Vorsitzender Rottbeck lässt über Variante 1 und 2 abstimmen.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt, für das Gebiet der Stadt Borken das Baulückenkataster auf der Grundlage der Variante 1 weiter zu entwickeln und umzusetzen.

Abstimmungsergebnis über Variante 2:

7 Ja-Stimmen
11 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis über Variante 1:

Annahme mit 11 Ja-Stimmen
 7 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

zu 8 Weiteres Vorgehen zum Parkleitsystem - Vorlage wird nachgereicht
Vorlage: V 2018/078

Erster Beigeordneter Nießing erläutert die Vorlage, alle Handlungsoptionen seien noch offen. Mindestens das Parkhaus am Vennehof müsse mit dem System ausgestattet werden.

Stv. Nikolov gibt an, dass kontaktloses Bezahlen wünschenswert sei.

Stv. Ebbing möchte wissen, ob auch weiterhin mit Geld bezahlt werden könne, wie viele Anwohnerparkausweise für das Parkhaus vergeben seien und wie das System das erkenne und warum man gerade mit dem Parkhaus beginnen, wenn die Hälfte durch Dauerparker blockiert sei.

Erster Beigeordneter Nießing erklärt, dass für denjenigen, der einen Parkplatz suche, entscheidend sei, wo noch wie viele Plätze frei seien, egal wer den Platz belege.

Stv. Grotzky merkt an, dass ein großes Potenzial am Parkplatz am Schwimmbad vorhanden sei.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann gibt an, dass der Parkplatz am Schwimmbad zu weit weg von der Innenstadt entfernt sei und somit nicht attraktiv genug.

Stv. Niemeyer widerspricht der Aussage, da die Parkplätze am Schwimmbad nah genug seien. Es könne kein K.-o.-Kriterium sein, dass der Parkplatz so weit weg sei.

Stv. Tautz wirft die Frage auf, ob die Parkplätze in Borken auch mit Sensoren ausgestattet werden und wie lange die Umsetzung dauere.

Erster Beigeordneter Nießing erläutert, dass es unterschiedliche Systeme gebe, welche sehr teuer sein können. Wirtschaftliche Systeme sollten möglichst zeitnah umgesetzt werden.

Stv. Wingerter merkt an, dass das jetzige Parkplatz-Problem damit nicht gelöst sei. Zudem sei Bezahlung mit dem Handy zweitrangig.

Stv. Kohlruss gibt an, dass eine Alternative zum Münzgeld bei der Bezahlung ein Vorteil sei. In einigen Jahren werde überhaupt nicht mehr über Kleingeld geredet. Das Parkleitsystem sei notwendig.

Stv. Niemeyer erklärt, dass seine Fraktion mit dem Beschlussvorschlag einverstanden sei. Die Fa. Emery könne ein Modul entwickeln, welches auch anderen Städten außer Borken und Coesfeld angeboten werden könne.

Stv. Stork fügt hinzu, dass das System schnell umgesetzt werden müsse.

Stv. Wingerter möchte wissen, warum die Abfrage mit Sensoren erst ab 25 Parkplätzen erfolgen solle und ob mit Bargeld weiterhin bezahlt werden könne.

Erster Beigeordneter Nießing erläutert, dass eine Bezahlung mit Bargeld dauerhaft angeboten werden müsse, aber bargeldloses Bezahlen müsse auch attraktiv gestaltet werden. Eine Abfrage über Sensoren mache aus wirtschaftlichen Gründen erst ab einer gewissen Menge Sinn.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung, die beiden Vorhaben „Anzeige freier Parkplätze im Vennehof-Parkhaus“ und „Handy-Parken“ als erste Maßnahmen eines dynamischen Parkleitsystems kurzfristig aufzuarbeiten und umzusetzen. Dabei soll die Emergy GmbH eine modulare Ausschreibung für ein Gesamtsystem vorbereiten und durchführen.

Die Ergebnisse werden spätestens in der Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses am 04. Juli 2018 vorgestellt und zur Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	18 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 9 Zusätzliche Parkmöglichkeiten Marktplatz **Vorlage: V 2018/072**

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die zusätzlichen Parkmöglichkeiten auf dem Marktplatz. Es werde mehr innenstadtnahes Parken benötigt sowie ein Parkleitsystem. Zudem seien zu viele Dauerparker im Parkhaus vorhanden. Im Norden der Stadt fehle ein Parkhaus bzw. Parkmöglichkeiten.

Stv. Tautz gibt an, dass er dem Parken auf dem Marktplatz nicht zustimmen werde. Es seien mindestens 1/3 des Marktplatzes welcher von Parkplätzen belegt werde. Kinder, Fußgänger und Radfahrer seien im Bereich des provisorischen Parkplatzes stark gefährdet. Zudem seien drei bis fünf Jahre viel zu lange.

Stv. Niemeyer stellt fest, dass die Händler zum Parken auf dem Marktplatz befragt worden seien, aber der Marktplatz gehöre allen, nicht nur den Händlern. Nicht nur durch weniger Parkplätze verlieren die Händler Kunden, eher durch das online Einkaufen. Das Parkhaus an der Brinkstraße werde der Tod der Straße sein da sich dort kein Händler mehr niederlassen werde. Die Parkplätze auf dem Marktplatz seien kontraproduktiv, daher lehne seine Fraktion den Beschlussvorschlag ab.

Stv. Ebbing merkt an, dass für eine kurzfristige Zeit das Parken auf dem Marktplatz eine gute Idee sei, aber drei bis fünf Jahre sei definitiv zu lang. Die Fraktion würde es mittragen, wenn für die Bauphase des De-Wynen-Platzes der Marktplatz zum Parken freigegeben werde.

Stv. Stork sei kein Freund vom Parken auf dem Marktplatz, aber es müsse auch an die Händler gedacht werden. Kurzfristiges Parken sei nötig, welches aber nur vorübergehend sein dürfe. Drei bis fünf Jahre sei viel zu lange. Zudem müsse mit den Geschäften, welche eine Außengastronomie haben, gesprochen werden.

Stv. Böhr gibt an, dass die Parkplätze nicht für die Händler, sondern für die Bürgerinnen und Bürger angelegt werden, damit diese schnell in der Innenstadt seien. Auch Restaurants mit Mittagstischen brauchen diese Parkplätze. Eine Veranstaltung auf dem Marktplatz habe aber definitiv Priorität während das Parken die unterste Priorität habe.

Stv. Niemeyer ist der Meinung, dass mit den Parkplätzen der Marktplatz kaputt gehe, diese 25 Plätze werden nicht den Borkener Einzelhandel retten.

Stv. Ebbing möchte wissen, wie hoch die Kosten seien, da laut Vorlage diese unter 50.000 Euro seien und ob neben den Leserbriefen in der Zeitung auch Schriftliches bei der Stadt Borken eingegangen sei mit Vorschlägen oder Anregungen.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erklärt, dass die gezeigte Variante die Vorzugsvariante für die Übergangszeit sei. Die Kosten werden knapp unter 50.000 Euro liegen. Aktuell sei es eine Vorplanung. Zudem müsse ein Höhenunterschied bei den Stufen auf dem Marktplatz überbrückt werden. Für nur drei Monate parken sei es ein zu hoher finanzieller Aufwand. Wenn ein Eingriff erfolge, müsse das Parken schon etwas länger geduldet werden.

Stv. Wingerter stellt fest, dass nachdem sich alle an die Parkplätze gewöhnt haben, diese wohl länger bleiben werden. Der Beschlussvorschlag könne nicht mitgetragen werden. Das Parkraumkonzept müsse weiter umgesetzt werden. Der Marktplatz verliere an Attraktivität und solle nicht mit Blech sondern mit Menschen aufgewertet werden.

Stv. Kohlruss merkt an, dass keiner mit der Lösung glücklich sein könne. Drei bis fünf Jahre seien zu lang und wenn, dürfe es nur provisorisch sein. Das Parken habe niedrigste Priorität, alles andere wie zum Beispiel Konzerte und Veranstaltungen haben einen Vorrang. Zudem müsse im nächsten UPA vorgestellt werden, wie die Änderung der Treppenanlage funktioniere und wie das Durchfahren zum Neutor verhindert werde. Damit ein möglichst hoher Wechsel der Plätze stattfinde, müsse die Parkdauer kurz sein und die Parkkosten hoch.

Stv. Niemeyer gibt an, dass bei dem Umbau des K&K Marktes in Burlo ein Shuttle-Bus eingeführt worden sei, um die Versorgung zu gewährleisten. Ein Shuttle-Bus in Verbindung mit dem Aquarius Parkplatz könne angedacht werden.

Stv. Martsch möchte wissen, ob das Parken auf dem Marktplatz bleibe, wenn die Kaufmannschaft in drei bis fünf Jahren angebe, dass es immer noch schlecht laufe und ob ein Gesamtkonzept für die Brinkstraße und einem neuen Parkhaus vorhanden sei.

Bürgermeisterin Schulze Hessing stellt fest, dass niemand über das Parken erfreut sei, aber die Innenstadt solle attraktiver werden. Eine Gesamtplanung sei noch in Planung und werde der Politik entsprechend vorgestellt. Folgender Beschlussvorschlag werde vorgeschlagen:

Der Marktplatz soll in der vorgestellten Form für die Dauer des Umbaus des De-Wynen-Platzes zum Parken als verkehrsberuhigter Bereich hergerichtet werden. Nach der Fertigstellung wird das Parken dort aufgehoben. Alle Veranstaltungen haben Vorrang. Die genau Umsetzung soll im nächsten UPA vorgestellt werden.

Stv. Nikolov beantragt daraufhin die Sitzungsunterbrechung.

- 15 Minuten Sitzungsunterbrechung -

Bürgermeisterin Schulze Hessing nimmt nach der Sitzungsunterbrechung den Beschlussvorschlag zurück. Nur für den Umbau des De-Wynen-Platzes seien der Aufwand und die Kosten zu hoch. Der Auftrag der Politik werde mitgenommen, um eine Light-Version zu erstellen für die Zeit des Umbaues des De-Wynen-Platzes. Die Beschlussfassung müsse vertagt werden.

Stv. Niemeyer beantrag die Vertagung.

Vorsitzender Rottbeck lässt über die Vertagung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	18 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 10 Betreuungssituation 2017/18 und Investitionsvorhaben zum Ausbau des Betreuungsangebotes in Kindertageseinrichtungen Vorlage: V 2018/052

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Jugend und Familie:

- Der Erweiterung der Kita St. Remigius, Johann-Walling-Straße, um eine vierte Gruppe wird zugestimmt. Die Zustimmung erfolgt unter dem Vorbehalt einer rechtskräftigen Änderung des Bebauungsplans BO 34, die bis zum Sommer 2018 angestrebt wird.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	18 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 11 Widmung der Straßen "An der Seilerei", "Propst-Pricking-Straße" sowie "Mühlenweg" in 46325 Borken Vorlage: V 2018/067

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Borken zu beschließen:

Zu 1:

Die Straße

„An der Seilerei“

(wie in dem der Vorlage beigefügten Lageplan schraffiert dargestellt)

ist endgültig hergestellt und wird als Gemeindestraße, bei der die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen (Anliegerstraße), dem allgemeinen öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 6 in Verbindung mit § 3 Abs. 4 Nr. 2 StrWG NRW).

Die

4 Verbindungswege

(wie in dem der Vorlage beigefügten Lageplan schwarz dargestellt)

sind endgültig hergestellt und werden als Verbindungswege, bei denen die Belange des öffentlichen Verkehrs überwiegen, dem allgemeinen öffentlichen Rad- und Fußgängerverkehr gewidmet (§ 6 in Verbindung mit § 3 Abs. 4 Nr. 3 StrWG NRW).

Der beigefügte Lageplan ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Baulastträger der Straßen und Wege ist die Stadt Borken.

Zu 2:

Die Straße

„Propst-Pricking-Straße“

(wie in dem der Vorlage beigefügten Lageplan schraffiert dargestellt)

ist endgültig hergestellt und wird als Gemeindestraße, bei der die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen (Anliegerstraße), dem allgemeinen öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 6 in Verbindung mit § 3 Abs. 4 Nr. 2 StrWG NRW).

Die

2 Verbindungswege

(wie in dem der Vorlage beigefügten Lageplan schwarz dargestellt)

sind endgültig hergestellt und werden als Verbindungswege, bei denen die Belange des öffentlichen Verkehrs überwiegen, dem allgemeinen öffentlichen Rad- und Fußgängerverkehr gewidmet (§ 6 in Verbindung mit § 3 Abs. 4 Nr. 3 StrWG NRW).

Der beigefügte Lageplan ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Baulastträger der Straßen und Wege ist die Stadt Borken.

Zu 3:

Die Straße

„Mühlenweg (Dunkerstraße – Borkener Straße)“

(wie in dem der Vorlage beigefügten Lageplan schraffiert dargestellt)

ist endgültig hergestellt und wird als Gemeindestraße, bei der die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen (Anliegerstraße), dem allgemeinen öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 6 in Verbindung mit § 3 Abs. 4 Nr. 2 StrWG NRW).

Der beigefügte Lageplan ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Baulastträger der Straße ist die Stadt Borken.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	18 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 12 Deponie Borken-Hoxfeld, Änderung der Plangenehmigung für eine Photovoltaikanlage mit Anpassung der Deponiegeometrie
Vorlage: V 2018/069

Fachabteilungsleiter Dahlhaus erläutert anhand der Lagepläne der Vorlage Änderungen der Plangenehmigung für eine Photovoltaikanlage mit Anpassung der Deponiegeometrie.

Beschluss:

Da die Wege und die Aussichtspunkte aus Sicht der Stadt Borken das Minimum einer öffentlichen Nutzung der ehemaligen Deponie darstellen, kann der geänderten Plangenehmigung nur zugestimmt werden, wenn das Wege- und Aussichtspunktekonzept, wie es in der Sitzung des Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Borken am 20.09.2017 vorgestellt worden ist, umgesetzt wird.

Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt, die in **Anlage 05** beigefügte Stellungnahme abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	18 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 13 Ausstattung des öffentlichen WC am De-Wynen-Platz
Vorlage: V 2018/070

Der Tagesordnungspunkt 13 wurde am Mittwoch, den 14.03.2018 ausgegliedert und am Montag, den 19.03.2018 besprochen.

Schulze Dinkelborg erläutert mit Hilfe der Vorlage beigefügten Anlagen die Vorlage.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann merkt an, dass die Ausstattung der gut zu reinigen Anlage resistent gegen Vandalismus sein müsse, daher sei die Glasvariante der Favorit. Hinter der Glasfassade könne ein Stadtplan oder Ähnliches angebracht werden, zudem könne die Glasfassade gut von Graffiti gereinigt werden.

Stv. Wingerter gibt an, dass ihrer Fraktion die Holzvariante gefiel aber aus pragmatischen und hygienischen Gründen sei die Glasvariante besser und möchte wissen, ob die Innenausstattung rollstuhlgerecht sei.

Schulze Dinkelborg erklärt, dass die WC Anlage rollstuhlgerecht sei.

Stv. Wingerter wirft die Fragen auf, ob sich der Rollstuhlfahrer im Innenraum noch bewegen könne, wenn vergessen werde, den Wickeltisch hoch zu klappen und wie das automatische Schließen der Türe funktioniere.

Schulze Dinkelborg zeigt anhand eines Fotos, dass der Rollstuhlfahrer Platz genug habe und erläutert den Schließmechanismus.

Stv. Niemeyer gibt an, dass der Klinker zunächst favorisiert worden sei, nach dem Vortrag eine Glasfassade mehr Sinn mache. Die Glasfassade müsse sich farblich der Örtlichkeit anpassen.

Schulze Dinkelborg erläutert, dass bei der Farbwahl jeder RAL Ton gewählt werden könne, was preislich kein Unterschied sei.

Stv. Stork favorisiert die Klinker-Variante. Die überwiegenden Bauten in der Umgebung haben einen Klinker, daher passe Klinker am besten in die Örtlichkeit. Zudem könne 28.000 Euro gespart werden. Im Innenbereich müsse Glas verbaut werden.

Stv. Ebbing möchte wissen, ob Graffiti bei Holz gar nicht mehr zu entfernen sei.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erklärt, dass Holz immer wieder abgeschliffen und neu gestrichen werden könne. Die WC Anlage sei kein großer Baukörper, und er werde in die Fahrradbox integriert werden.

Stv. Böhr gibt an, dass in der Fraktionssitzung überwiegend zu Holz tendiert worden sei und wirft die Fragen auf, ob es viel Graffiti im Bereich De-Wynen-Platz vorhanden sei und ob eine Ansicht vorhanden sei, worauf zu erkennen sei, wie die WC Anlage in die Fahrradbox integriert werde.

Schulze Dinkelborg erläutert, dass bei der aktuellen WC Anlage Graffiti vorgekommen sei.

Stv. Kohlruss merkt an, dass eine WC-Anlage ein untergeordnetes Nebengebäude sei. Durch eine rote Glasfassade könne es den Anschein erwecken, dass dort der Mittelpunkt des Platzes sei. Eine Klinkerfassade werde diesen Eindruck nicht erwecken. Zudem habe Glas zwar kein Problem mit Graffiti, aber mit Zerstörung. Die Fraktion sei mehrheitlich für Holz oder Klinker, dann solle die Wahl der Fassade vertagt werden.

Bürgermeisterin Schulze Hessing stellt fest, dass es hilfreich sei, eine Ansicht zu erstellen, indem die WC Anlage in der Fahrradbox integriert sei. Dann könne geschaut

werden, was bei der Fassadenwahl besser passe. Die Ansicht werde im nächsten UPA nochmals vorgestellt.

Vorsitzender Rottbeck gibt an, dass der Tagesordnungspunkt in den nächsten UPA vertagt werde.

zu 14 Umgestalten und Erweitern des Spielplatzes am Pröbstingsee Vorlage: V 2018/061

Der Tagesordnungspunkt 14 wurde am Mittwoch, den 14.03.2018 besprochen.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss befürwortet den Entwurf des Herrn Freese (Landschaftsarchitekturbüro Freese) und beauftragt die Verwaltung, den Bau des Spielplatzes „NaturErlebnisSpielgelände Wellenland“ am Pröbstingsee zu bauen. Der Umsetzung der vorhandenen WC-Anlage „De-Wynen-Platz“ zum „NaturErlebnisSpielgelände Wellenland“ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	18 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

Auf Grund der fortgeschrittenen Uhrzeit und der noch anstehenden Tagesordnung wird die Sitzung einvernehmlich von Ausschuss und Verwaltung am Montag, den 19.03.2018 fortgesetzt.

zu 15 Antrag der SPD-Fraktion vom 03.07.2017: Einrichtung einer Ablagestelle für Grabschmuck Vorlage: V 2018/064

Stv. Niemeyer erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Das Ablegen von zum Beispiel Blumen sei verboten, werde aber gemacht. Daher müsse man den Bürgerinnen und Bürgern entgegen kommen und einen Kompromiss finden, indem ein gemeinsamer Platz zum Ablegen erschaffen werde.

Stv. Ebbing stellt fest, dass gemäß §18 der Friedhofssatzung der Stadt Borken die Gräber frei bleiben müsse und möchte wissen, ob dieses Verbot durch Schilder oder Ähnliches bekannt gemacht worden sei. Da das Ablegen sowieso verboten sei, möchte die Fraktion keine 15.000 Euro in eine Stele investieren.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass es Hinweise und Schilder gegeben habe. Die Satzung ist den direkten Angehörigen bekannt, allerdings nicht den Freunden und Bekannten, welche etwas ablegen. Daher sei eine Lösung zu finden, welche alle zufrieden stelle. Da auch ein Friedwald angedacht sei, könne eine zentrale Stelle für beide Bereiche errichtet werden. Ein Gesamtkonzept sei zu erstellen. Im nächsten

Tagesordnungspunkt werde über das Friedhofswesen gesprochen, dort könne das Thema weiter besprochen werden.

Stv. Stork gibt an, dass der Antrag der SPD-Fraktion zu unterstützen sei.

Stv. Wingerter merkt an, dass ihre Fraktion den SPD-Antrag unterstützen werde. Da der Friedwald sehr groß sei, könne auch über zwei Gedenkstellen nachgedacht werden.

Stv. Kohlruss stellt fest, dass ein zentraler Punkt geschaffen werden müsse, da jeder individuell traure. Die 15.000 Euro seien sehr gut angelegt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der Weiterentwicklung des Waldfriedhofes unter Einbeziehung eines Friedwaldes einen angemessenen Ort des Gedenkens und zur Ablage von Blumen und Grabschmuck zu schaffen. Entsprechende Planungen werden dem Umwelt- und Planungsausschuss vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	19 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 16 Weiterentwicklung des Friedhofswesens Vorlage: V 2018/071

Stv. Niemeyer möchte wissen, ob es bei römisch drei der Vorlage einen oder mehrere Ansprechpartner gebe.

Bürgermeisterin Schulze Hessing gibt an, dass mehrere Ansprechpartner vorhanden seien.

Stv. Wingerter wirft die Frage auf, ob ein Konzept für den Friedwald vorhanden sei.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass der Friedwald am Waldfriedhof kommen werde, aber zum Gesamtkonzept gehöre auch der Friedhof am Butenwall.

Stv. Wingerter möchte wissen, ob es denkbar sei, einen Betreiber eines Friedwaldes in eine Sitzung einzuladen oder werde die Stadt Borken das selbst betreiben.

Bürgermeisterin Schulze Hessing gibt an, dass mit dem Planer Herrn Freese bereits Einiges abgeklärt worden sei. Nun werde alles zusammengetragen und dann entsprechend vorgestellt. Betreiber sei weiterhin die Stadt.

Stv. Tautz merkt an, dass bei dem entsprechenden Waldstück Buchen und Eichen bereits heute anzupflanzen seien.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert, dass ein Konzept zu erstellen sei, wo Wege und Bäume zu berücksichtigen seien. Danach könne geschaut werden, welcher Bereich in Frage komme und wo neue Bäume zu pflanzen seien.

Stv. Wingerter wirft die Frage auf, ob ein Konflikt mit der Milzbrandfläche bestehe.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass kein Konflikt entstehe. Der Waldfriedhof sei so konzipiert, dass er für eine lange Zeit ausreichend sei.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Überlegungen im Vorfeld interessierten Gruppen und Verbänden (Vertreter der Kirche, Bestatter, Friedhofsgärtner etc.) vorzustellen und deren Einschätzung und Anregungen zur Weiterentwicklung des Friedhofswesens in Borken einzuholen. Über die Ergebnisse wird in einer der nächsten Sitzungen des Umwelt- und Planungsausschusses berichtet.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	19 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 17 SPD-Antrag Friedhofseingang Windthorststraße
Vorlage: V 2018/065

Stv. Ebbing gibt an, dass die UWG Fraktion die Umsetzung für unglücklich halte und möchte wissen, ob bekannt sei, dass von der Schule aus die Schülerinnen und Schüler nun mit ihren Rädern über den Friedhof jagen, was nun Besucherinnen und Besucher des Friedhofes gefährde.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass diese Info neu sei, bisher seien noch keine Beschwerden eingegangen. Vor Ort müsse geschaut werden, ob eine Vorrichtung möglich sei, welche keine Radfahrer aber Rollstuhlfahrer durchlasse. Der Friedhofsgärtner werde gefragt, wie die aktuelle Situation sei.

Stv. Niemeyer stellt fest, dass Radfahrer auf dem Friedhof schon immer vorhanden gewesen seien und es betreffe nicht nur Schülerinnen und Schüler sondern alle Altersklassen.

Beschluss:

Die oben genannten Punkte werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
 Der oben genannten baulichen Verbesserung der Zugänglichkeit zum Friedhof wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	19 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 18 CDU-Antrag Entschärfung Kreisverkehr Butenwall/Brinkstraße
Vorlage: V 2018/066

Stv. Böhr gibt an, dass durch die weggenommene Bepflanzung die Situation bereits etwas entschärft worden sei. Die Busse, welche von der Raesfelder Straße kommend in die Brinkstraße wollen, müssen die Spur des Gegenverkehrs mitnehmen, damit sie um die Kurve kommen. Sieht dieses ein Autofahrer zu spät, so komme der Verkehr zum stehen. Da die Busse angehalten seien eine Runde durch den Kreisverkehr zu fahren um in die Brinkstraße zu gelangen seien die Betreiberfirmen anzuschreiben um darauf hinzuweisen, eventuell bringe es etwas.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

zu 19 Antrag der SPD-Fraktion vom 05.03.2018: Die Gelben Müllsäcke sollen durch Gelbe Tonnen ersetzt werden
Vorlage: V 2018/076

Stv. Niemeyer erläutert den SPD-Antrag.

Stv. Börger ist der Meinung, dass bevor man in eine gelbe Tonne investiere, prüfen müsse, ob das Sortieren noch Sinn mache. In Gescher werde eine hochmoderne Maschine eingesetzt, welche noch erweitert werden könne. Zudem müssten nicht mehr so viele verschiedene Fahrzeuge zum Einsatz kommen.

Stv. Ebbing möchte wissen, wer die Kosten für die Tonne trage und ob das Abholen mit den aktuellen Fahrzeugen möglich sei.

Bürgermeisterin Schulze Hessing stellt fest, dass aktuell eine inhaltliche Diskussion stattfinde. Der Beschlussvorschlag besage, dass die Verwaltung erst einmal inhaltlich prüfen solle, wie eine Umsetzung möglich sei. Das Ergebnis des Beschlussvorschlages werde entsprechend vorgestellt.

Stv. Wingerter gibt an, dass der SPD-Antrag befürwortet werde, allerdings solle Plastikmüll generell vermieden werden. Bürgerinnen und Bürger seien mit Aktionen darauf aufmerksam zu machen.

Stv. Flasche wirft die Frage auf, wie die Umsetzung mit den Tonnen zum Beispiel bei einem Zehn-Parteien-Haus erfolgen solle.

Stv. Niemeyer regt an, die Mülltrennungsanlage in Gescher mit dem Ausschuss zu besichtigen.

Stv. Zurhausen merkt an, dass das Unwohlsein in der Bevölkerung über die gelben Säcke sehr hoch sei, der Antrag sei in allen Punkten nachvollziehbar.

Stv. Böhr gibt an, dass in der Fraktion eine Meinungsverschiedenheit vorhanden sei. Eventuell könne ein Kompromiss gefunden werden, dass gelbe Tonnen gegen einen Zusatzbeitrag angeboten werden aber auch gelbe Säcke weiterhin möglich seien.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit dem Antrag inhaltlich zu beschäftigen und das Ergebnis in einer der nächsten Sitzungen des Umwelt- und Planungsausschusses vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	19 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 20 Antrag der SPD Fraktion vom 09.02.2018: Absicherung der Querung der Bahnhofstraße für Fußgänger

Fachbereichsleiter Schulze Dinkelborg erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation den Fußgängerüberweg an der Bahnhofstraße.

Stv. Grotzky gibt an, dass eine häufige Querung während der Schulzeit stattfindet und möchte wissen, ob der Fußgängerüberweg in einer 3D-Form, wie bereits in Grevenbroich vorhanden, möglich sei.

Fachbereichsleiter Schulze Dinkelborg merkt an, dass ein normaler vernünftig angelegter Überweg sinnvoll sei.

Stv. Grotzky gibt an, dass Grevenbroich den 3D Zebra Streifen bereits wieder abgeschafft habe.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass keine Experimente gemacht werden sollen, daher solle der normale Zebra Streifen erstellt werden.

Stv. Kranenburg möchte wissen, ob ein Zebra-Streifen in einer Tempo-50-Zone möglich sei.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert, dass ein Zebra-Streifen auch in einer Tempo 50 möglich sei, der schwächste Verkehrsteilnehmer sei zu schützen.

Stv. Ebbing stellt fest, dass der Überweg in einer Kurve liege und wirft die Frage auf, ob es somit sicher genug sei, gerade für Radfahrer.

Fachbereichsleiter Schulze Dinkelborg erklärt, dass in diesem Bereich keine Radfahrer fahren, diese benutzen den nördlichen Teil.

Stv. Tautz möchte wissen, ob Unfälle oder Ähnliches in diesem Bereich bereits passiert seien.

Fachbereichsleiter Schulze Dinkelborg erläutert, dass noch keine Unfälle passiert seien, aber vorausschauend gehandelt werde, da die Bahnhofstraße demnächst geöffnet werde.

Stv. Niemeyer bedankt sich bei der Verwaltung für die schnelle Bearbeitung.

Ortsvorsteher Schwane stellt fest, dass die Fahrradständer am Bahnhof auch Nachts immer noch belegt seien. Es müsse überprüft werden, ob diese dort dauerhaft stehen.

Bürgermeisterin Schulze Hessing gibt an, dass es überprüft werde.

zu 21 Mitteilungen der Verwaltung

Siehe Unterpunkte.

zu 21.1 Genehmigung der 33. Änderung des Flächennutzungsplanes

Fachabteilungsleiter Dahlhaus teilt mir, dass für das Möbelhaus Kerkfeld die vom Rat der Stadt Borken am 13.12.2017 festgestellte 33. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Verfügung der Bezirksregierung Münster vom 21.02.2018 genehmigt worden sei. Somit sei das Planungsrecht geschaffen, um die vorhandene Verkaufsfläche von ca. 4.800 qm auf ca. 6.700 qm erweitern zu können. Die Genehmigung werde in einem der nächsten Amtsblätter bekannt gemacht.

zu 21.2 Sachstand Tempo 30 vor Schulen und Kitas

Fachbereichsleiter Terwolbeck gibt an, dass in der StVo geregelt sei, dass bei schutzwürdigen Bereichen wie Schulen oder Kitas das Tempo auf 30 reduziert werden könne. In Borken sei sich damit auseinander gesetzt worden. Für die meisten Bereiche sei eine Tempo-30-Zone eingerichtet, allerdings fehlen bei einigen Standorten noch eine Tempo-30-Zone. Da die Stadt Borken selbst Straßenverkehrsbehörde sei, werde nun an neun Stellen eine Tempo-30-Zone eingerichtet:

- Kita Hula Hoop, Weseler Landstraße
- Kita St. Remigius, Johann-Walling-Straße
- Joducus Nünning Gesamtschule, Neumühlenallee
- Montessori Kita, Nordring
- Kita Pustablume, Ahauser Straße
- Kita St. Marien, Rhedebrügge
- Neue Kita Hoher Weg in Weseke
- Roncalli Grundschule, Borkenwirther Straße
- Kita St. Marien, Hauptstraße

zu 21.3 Baugenehmigung, Neubau eines Wertstoffhofes an der Einsteinstraße

Fachabteilungsleiter Busch gibt an, dass die Baugenehmigung letzte Woche Dienstag erteilt worden sei, mit der Maßnahme könne begonnen werden.

zu 21.4 Baustelle Weseler Landstraße / Windhorststraße

Technischer Beigeordneter Kuhlmann gibt an, dass die ersten Arbeiten vor der Fa. Wülfing bereits abgeschlossen seien, die Straßensperrungen seien ab heute wieder aufgehoben.

zu 21.5 Baustelle Neue Kirchstraße

Technischer Beigeordneter Kuhlmann gibt an, dass die Neue Kirchstraße nächste Woche asphaltiert werde.

zu 21.6 Entwicklung "Nationale Naturebfläche Lünsberg die Berge", öffentliche Veranstaltung 09.04.18

Technischer Beigeordneter Kuhlmann gibt an, dass der Besitz der BIMA an die DBU gegangen sei. Über die Nutzung der Flächen solle in einem offenen Prozess mit den Bürgerinnen und Bürgern gesprochen werden. Eine Hundebereich solle erschaffen werden. Am 09.04.2018 finde eine öffentliche Veranstaltung im Vennehof statt.

zu 21.7 DIEK Marbeck

Technischer Beigeordneter Kuhlmann gibt an, dass für Marbeck ein DIEK geplant sei. Am 30.01.18 sei ein Schreiben eingegangen, aus dem hervorgehe, dass die Förderbedingungen noch nicht vorliegen. Neue Ministerien seien geschaffen worden und die Fördergrundlagen werden neu aufgestellt, sobald diese vorlägen, werde DIEK Marbeck beantragt.

zu 21.8 Regionalratssitzung Zweckverband

Bürgermeisterin Schulze Hessing gibt an, dass es ja bereits in der Zeitung gestanden habe. Es sei erforderlich, dass Reken sich äußern müsse, was mit den Flächen passieren solle, was nun zwischen der Bezirksregierung und Reken geklärt werde. Das Ergebnis werde auf der Regionalratssitzung bekannt geben. Das Verfahren laufe wie besprochen.

zu 22 Anfragen an die Verwaltung

Keine Anfragen vorhanden.

gez.
Paul Rottbeck
Ausschussvorsitzender

gez.
Matthias Kaß
Schriftführer

